

Forderungen der Berliner Wirtschaft an die Stadtentwicklung 2030

I. PRÄAMBEL

Das heutige Berlin ist eine Stadt mit großem Potenzial:

- Die Stadt ist attraktiv, das zieht viele Menschen aus dem In- und Ausland an, besonders junge Menschen.
- Die Berliner Wissenschaftslandschaft ist mit ihren fast 100 Hochschulen und Forschungseinrichtungen europaweit einzigartig.
- Berlin verfügt über eine wunderbare Gründungsdynamik - im letzten Jahr wurde hier im Durchschnitt alle neun Minuten ein neues Unternehmen gegründet.
- Berlin verfügt ggü. anderen Städten über ein hohes Potenzial an gut erschlossenen, innerstädtischen Flächen.

Es gilt, dieses Potenzial in den nächsten Jahren klug zu nutzen. Aufgabe der Politik ist es, für einen Rahmen zu sorgen, in dem sich wirtschaftliche Dynamik voll entfalten kann, beispielsweise sei genannt, die Vernetzung von Wirtschaft und Wissenschaft zu fördern oder gute Voraussetzungen für Gründer zu schaffen.

III. ZUSAMMENFASSUNG DER FORDERUNGEN

Auf den Punkt gebracht braucht die Berliner Wirtschaft 2030...

... FLÄCHEN

- ausreichend Flächen und Standorte, insbesondere für Industrie und Zukunftstechnologien, Kreativwirtschaft und den Wohnungsbau, mit besonderem Augenmerk auf Hauptsitzen
- Prioritäten für die Flächenentwicklung und keine Nutzungskonkurrenzen, besonders für Industrieflächen
- auf den zukünftigen Bedarf zugeschnittene Flächen

... GUTE RAHMENBEDINGUNGEN

- eine fokussierte, aktive und transparente Liegenschaftspolitik mit kurzen Vergabeverfahren
- einheitliche und transparente Ansiedlungsrahmenbedingungen, insbesondere für den Handel
- gut ausgebildete Fachkräfte
- eine hervorragende Willkommens- und Integrationskultur für internationale Fachkräfte
- eine Fokussierung auf Start ups und Gründungen
- ein breites und gut ausgestattetes Bildungsangebot mit spezifischen Lösungen
- gezielte Förderung statt Gießkannenprinzip und für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf
- eine unternehmensfreundliche Steuerpolitik

... LEBENDIGE QUARTIERE

- Zugeschnittene Entwicklungsoptionen und Finanzierungsmodelle für gemischte, multifunktionale Orte
- lebendige Quartiere mit einer guten Aufenthaltsqualität und Erreichbarkeit
- kurzfristig verfügbare Flächen für den Wohnungsbau
- aus dem demografischen Wandel sich ergebende Angebote für alle Bevölkerungsgruppen

... VORRANG FÜR ZUKUNFTSORTE

- eine enge Verortung von Wissenschaft, Forschung und Industrie in Zukunftsorten, industriegeprägten und wissenschaftsgeprägten Potenzialstandorten und deren eindeutige Kennzeichnung
- Vorrang für Zukunftsorte in allen Stadtentwicklungsentscheidungen und für die Investitionsprioritäten auf das Umfeld (Infrastruktur)

... WAHRNEHMBARKEIT UND GUTES MITEINANDER

- eine hohe Wahrnehmbarkeit durch gute Marketing- und Veranstaltungsstrategien, Kommunikation nach innen und außen, besonders auch Akzeptanz für Produktionsstätten in der Stadt
- ein gutes Miteinander von Bürgern und Berlinbesuchern, insbesondere in den Fragen von Sauberkeit, Sicherheit und Lärm

... MODELLLÖSUNGEN FÜR URBAN TECHNOLOGIES

- Smart City als Leitbild der Stadtentwicklung
- Abbildung der gesamten Wertschöpfungskette von der Forschung und Entwicklung über die Produktion bis hin zur Anwendung und Ausbildung der „Smart City“-Technologien. Demonstrationsprojekte für urban technologies
- neue Geschäftsmodelle und dauerhafte Partnerschaften zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Verwaltung
- erprobte Lösungen für Material- und Ressourceneffizienz
- Modelle und Lösungen zur Bewältigung des demografischen Wandels

... ANTWORTEN AUF DEN KLIMAWANDEL

- eine integrale Umwelt- und Genehmigungspolitik, harmonisierte Emissions- und Immissionsgrenzwerte
- best practices in öffentlicher Gebäudesanierung
- Test- und Demonstrationsflächen für Umwelttechnik
- ein erschlossenes Potenzial an grundwasserbasierter Geothermie

... EINE ERFOLGREICHE ENERGIEWENDE

- die Vision eines klimaneutralen Berlins mit einem Katalog von Zielen unterlegen, die hinreichend operationalisiert und technologieoffen definiert werden
- Berlin als Modellstadt für eine nachhaltige Stadtentwicklung, dabei den wirtschaftlichen Output steigern
- Konzentration auf die Handlungsfelder, die für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Berlin die größte Hebelwirkung versprechen

... EINE LEISTUNGSFÄHIGE INFRASTRUKTUR

- ein leistungsfähiges Infrastrukturnetz, ohne Sanierungsrückstau bei Straßen und ohne Lücken
- ausreichende Kapazitäten als Luftverkehrsstandort
- einen fließenden Wirtschaftsverkehr
- innovative Mobilitätslösungen
- eine verbesserte Infrastruktur in den Gewerbegebieten

... ATTRAKTIVE UND INTELLIGENTE VERKEHRSLÖSUNGEN

- einen international verknüpften Bahnknoten und eine optimale Nahverkehrseinbindung
- einen attraktiven ÖPNV
- einen intelligent gesteuerten Straßenverkehr
- attraktive Lösungen für den Reisebusverkehr

... REIBUNGSLOSE VERKEHRSLÖSUNGEN UND KUNDENSTRÖME

- kurze und abgestimmte Bauzeiten, eine gute Baustellenkoordination und -kommunikation
- eine verbesserte Lenkung von Besucherströmen
- Parkraumbewirtschaftung mit Augenmaß

... TRANSPARENZ UND PARTIZIPATION

- „echte“, frühzeitige und breite Beteiligung der Bürger in zugeschnittenen Verfahren, lösungsorientierte Dialoge
- der Öffentlichkeit breit bekannte Verfügbarkeit und Entwicklungsoptionen von Flächen
- maximale Transparenz während des gesamten Planungsprozesses
- Städtepartnerschaften für den Austausch von Know How

... SCHNELLE ENTSCHEIDUNGEN

- eine effiziente und schnelle Verwaltung, einfache Verwaltungsstrukturen
- beschleunigte Planungs- und Baugenehmigungsverfahren
- eine schnelle Aktualisierung der Fachplanwerke (STEPS, Masterplan Industrie) auf Grundlage des STEK2030
- kurze und zugeschnittene Vergabeverfahren bei Liegenschaften des Landes

... STADT-UMLAND-VERKNÜPFUNGEN

- eine wettbewerbsfähige Metropolregion, z.B. auch für die Bildungspolitik
- attraktive ÖPNV-Angebote für Pendler

V. FORDERUNGEN DER WIRTSCHAFT AN DIE STADTENTWICKLUNG

Industrie und Stadtentwicklung

- **Industrie braucht Raum in der Stadt (industrielle Produktionsstätten).** Industrie ist ein Eckpfeiler jeder starken Stadt. Arbeitsplätze in der Industrie sind überdurchschnittlich gut bezahlt. Durch die enge Vernetzung mit Zulieferern, Wissenschaft und Dienstleistern führt jeder Industriearbeitsplatz zu weiteren Arbeitsplätzen im Umfeld. Damit ist eine starke Industrie für Berlin äußerst attraktiv. Berlin verfügt derzeit über gut 100.000 Arbeitsplätze in der Industrie, benötigt für eine nachhaltige Entwicklung der Stadt nach Expertenmeinung aber erheblich mehr. Diese können durch Neuansiedlung, Existenzgründung oder durch Erweiterung bestehender Fertigung geschaffen werden. Dafür braucht die Berliner Industrie Flächen. Neben Verwaltungs- und Lagerflächen sind hier gerade auch Produktionsflächen gemeint, wie sie auch im StEP Industrie und Gewerbe detailliert aufgeführt sind. Diese Flächen müssen als potenzielle Industrieflächen im StEK 2030 verortet werden.
- **Industrie und Wissenschaft müssen eng miteinander verortet werden.** Die Wachstumsschancen der Berliner Industrie sind im hohen Maße von der Entwicklung der wissensbasierten Industrie abhängig. Es kann nicht darauf gesetzt werden, große und prestigeträchtige Industrieansiedlungen nach Berlin zu holen. Die Hauptarbeit besteht darin, dass Berlin seine neuen industriellen Kerne aus sich selbst heraus entwickelt. Dafür ist eine enge räumliche Verzahnung mit Wissenschaftsstandorten von entscheidender Bedeutung. Die hochkarätige Wissenschaftslandschaft mit ausgezeichneten Forschungsbedingungen und hochqualifiziertem Nachwuchs ist das größte Pfund, mit dem Berlin in der Konkurrenz zu anderen Industriestandorten wuchern kann. Diesen Trumpf kann Berlin nur dann optimal ausspielen, wenn Wissens-, Forschungs- und Wirtschaftsorte eng miteinander verortet sind.
- **Nur durch räumliche Fokussierung und Spezialisierung können die Zukunftsfelder der Berliner Industrie weiter entwickelt werden.** In Berlin lassen sich folgende drei Arten von Industriestandorten mit speziellen Charakteristika und Entwicklungspotenzial unterscheiden, die im StEK 2030 verortet werden müssen:
 - Zukunftsorte:** Mit Tegel, City West, Adlershof, Buch verfügt Berlin über vier Zukunftsorte, d.h. besondere Orte, die neben ihren eigenen, endogenen Standortqualitäten auch eine besondere positive Ausstrahlung auf benachbarte Gewerbegebiete haben. So ist der Wissenschafts- und Technologiepark Adlershof ein Zukunftsort, der auf die Standorte Oberschöneweide oder der Innovationspark Wuhlheide positiv ausstrahlen kann. Bei diesen Standorten sind klare Profilierung und Spezialisierung - wie dies beispielsweise mit der Fokussierung Tegels auf „urban technologies“ geplant ist – Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung. Die Entwicklung der Zukunftsorte muss gezielt unterstützt werden.
 - Industriegeprägte Potenzialstandorte:** Diese Standorte sind von Unternehmen geprägt, die bereits seit Jahren an diesem Standort produzieren. Häufig kooperieren lediglich einzelne Unternehmen mit Wissenschaftseinrichtungen. Die Produktion an diesen etablierten Industriestandorten muss auch für die Zukunft gesichert sein, etwaigen Erweiterungen von Produktionskapazitäten muss ausreichend Raum gewährt werden.
 - Wissenschaftsgeprägte Potenzialstandorte:** Wissenschaftsgeprägte Potenzialstandorte zeichnen sich durch eine hohe Konzentration von Wissenschaftseinrichtungen und Technologieunternehmen aus. An diesen Standorten bestehende Industrieflächen müssen auch in Zukunft für Produktionserweiterungen sowie Neuansiedlung von etablierten oder neugegründeten Hochtechnologieunternehmen zur Verfügung stehen. Die Flächen aller dieser Industriestandorte müssen im StEK 2030 angesichts wachsender Nutzungskonkurrenzen für die industrielle Entwicklung eindeutig gekennzeichnet und gesichert werden. Zur Verbesserung der Standortqualität bedarf es einer kritischen Bestandsaufnahme und eines kontinuierlichen Abarbeitens des jeweils identifizierten Handlungsbedarfs. Große Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Infrastrukturqualität, eine gute

Erreichbarkeit für den schweren LKW-Verkehr ist z. B. für alle Standorte von zentraler Bedeutung.

- **Die Zukunftsorte müssen Vorfahrt bei allen Stadtentwicklungsentscheidungen haben.** Auch im Umfeld müssen Investitionsprioritäten richtig gesetzt werden. Beispielsweise müssen Entscheidungen zum Ausbau von Verkehrsinfrastruktur sich an Zukunftsorten orientieren. Als Beispiel möchte ich den Ausbau der Anbindung von Buch an die A10 nennen. Der Gesundheitsstandort Berlin-Buch ist ein herausragender Innovations- und Wachstumsstandort Berlins und gehört zu den vier wichtigsten Zukunftsorten der Stadt. Die IHK Berlin setzt sich seit langem für einen zusätzlichen Anschluss von Berlin-Buch an den Berliner Ring (A 10) ein.

- **Hauptstadtmarketing nach innen und außen: Als unterstützende Maßnahme muss das Verständnis für Industrie als Eckpfeiler einer starken Stadt in der Berliner Bevölkerung verankert werden.**

Im Rahmen des Masterplans Industrie wurde das Thema „Standortkommunikation“ bereits aufgegriffen und mit Projekten unternommen. Die Diskussion in den Stadtforen zum StEK 2030 hat aufgezeigt, dass neben der Vermarktung von Berlin als Industriestandort nach außen insbesondere auch ein Industrieverständnis in der Berliner Bevölkerung geschaffen werden muss. Hier gilt es, das Bild einer modernen Industrie zu zeichnen und für die Notwendigkeit und Akzeptanz von Produktionsstätten in der Stadt zu werben. Dabei muss auch deutlich gemacht werden, dass urbane Produktion stadtverträglich gestaltet werden kann.

Wertschöpfungsketten können über die Cluster abgebildet und beispielhaft verdeutlicht werden. Ziel muss es sein, bei bestehenden Nutzungskonkurrenzen der wirtschaftlichen Entwicklung ausreichend Räume zu sichern, die dann auch für die Ansiedlung von Industrie flexibel genutzt werden könnten. Viele dieser Fragen sind im Masterplan Industrie 2010-2020 enthalten. Dafür sollte der Masterplan Industrie evaluiert, neu aufgesetzt und entsprechend mit dem StEK sowie dem StEP Industrie und Gewerbe verzahnt werden.

- **Stadtentwicklung für eine ökonomisch prosperierende Stadt: Berlin muss für Industrieunternehmen attraktiver werden.**

Unternehmen muss eine Entscheidung für Berlin durch eine erstklassige Infrastruktur erleichtert werden. Hierzu gehören eine effiziente und schnelle Verwaltung, eine erstklassige, wettbewerbsfähige Steuersätze und hervorragende Wissenschafts- und Forschungsbedingungen sowie optimierte Lebensumstände für Entscheidungsträger und bestens ausgebildete Arbeitskräfte auch privat in den Bereichen Schule, Kinderbetreuung, Wohnen, Infrastruktur und Gesundheit. Ziel muss es sein, dass sich neben Produktionsstätten, Lagern und Niederlassungen insbesondere auch Hauptverwaltungen von Unternehmen in Berlin ansiedeln, da diese eine prosperierende Entwicklung der Stadt in vielen weiteren Bereichen gestalten können.

Flächen in der Stadt

- **Flächen dürfen keinen Nutzungskonkurrenzen ausgesetzt sein.** Flächen für Wohnen, Gewerbe, Industrie und Kreativwirtschaft dürfen sich weder den Rang ablaufen, noch dürfen sich die unterschiedlichen Nutzungen gegenseitig beeinträchtigen – wie es beispielsweise an industrielle und gewerbliche Betriebe heranrückende Wohnbebauung auslöst.“
- **Prioritäten setzen und mit einer fokussierten Liegenschafts- und Förderpolitik untersetzen.** Die Stadtentwicklung ist gefordert, räumliche Schwerpunkte zu setzen, sich auf Leuchtturmprojekte zu konzentrieren, ohne andere wichtige Standorte aus dem Blick zu verlieren. Diese Konzentration ermöglicht eine bessere Sichtbarkeit von Standortqualitäten auch in der Außenwahrnehmung und damit nicht zuletzt auch eine bessere Vermarktbarkeit. Wichtig sind eine auf diese Standorte fokussierte Liegenschafts- und Förderpolitik sowie ausreichende Personalkapazitäten in der Verwaltung.

Liegenschaftspolitik

- **Eine gute Liegenschaftspolitik zeichnet sich durch Transparenz aus. Die IHK Berlin fordert eine aktive Berliner Liegenschaftspolitik mit kurzen Vergabeverfahren.** Eine Direktvergabe von Grundstücken soll möglich sein, ebenso ist eine schnelle Vergabe zur Mobilisierung der Grundstücke wichtig. Besonders für Investitionen in den Wirtschaftsklustern und für innovative Unternehmen müssen schnell und effizient geeignete Grundstücke bereitgestellt werden.
Innovative Unternehmen müssen auch künftig geeignete Flächen und Räume finden können, auch für das Experimentieren. Die Liegenschaftspolitik muss künftig nachvollziehbaren Kriterien für die Vergaben für den Wohnungsbau, für Investitionen in den Berliner Wirtschaftsklustern und für die Kreativwirtschaft folgen.
Verschiedene Vergabeverfahren sollten gleichberechtigt - je nach Grundstück - zum Einsatz kommen: Direktvergabe, freies Bieterverfahren, Konzeptverfahren und Erbbaurecht. Für bestimmte Zielgruppen (Freie Künstler) kann es schlicht auch sinnvoll sein, Grundstücke im Landesbesitz (Fachvermögen) zu belassen.
Bisher ist das Konzept zur „Transparenten Liegenschaftspolitik“ der Senatsverwaltung für Finanzen weder beschlossen, noch wird es konsequent umgesetzt.

Wohnungswirtschaft und Quartiers-/Stadtentwicklung

- **Flächenpotenziale für Wohnungsneubau kurzfristig aktivieren, doch nicht zu Lasten von Gewerbeflächen.** Die Schaffung von Wohnraum hat vor dem Hintergrund der Bevölkerungsprognose hohe Priorität. Laut STEK zeigt das Flächenmonitoring 2012, dass für die Errichtung neuen Wohnungsbaus 1.600 ha Fläche aktivierbar sind. Das wären ca. 210.000 zusätzliche Wohnungen. Diese Flächenpotenziale sind kurzfristig nutzbar zu machen. Laut StEP Wohnen sind nur 12 % der verfügbaren Fläche ohne weitere Planungserfordernis bebaubar. Für 88 % der Fläche wird weiteres Planungsrecht benötigt! Hierfür sind schlanke Planungs- und Genehmigungsverfahren dringend erforderlich. Diese Flächenreserven für Wohnungsbau unterscheidet Berlin maßgeblich von anderen Metropolen. Daneben müssen ausreichende Entwicklungsmöglichkeiten für Gewerbe gesichert bleiben. Wohnraumentwicklung darf und muss daher nicht auf Kosten der Umwandlung von dringend benötigten Gewerbeflächen gehen, wie das eventuell in mancher Diskussion bereits gefordert wird. Für Gewerbeflächen stehen laut Flächenmonitoring 1.160 ha zur Verfügung. Diese Prioritäten müssen auch vor dem Hintergrund knappen Wohnraums erhalten bleiben. Dies ist besonders bei der Aufstellung der Entwicklungspläne für Wohnen der Bezirke zu beachten, da hier die Bezirke aufgefordert sind, ihre Flächenprioritäten zu überprüfen und die Gefahr droht, dass dies zu Lasten der Gewerbeflächenverhaltung geht.

Kreativwirtschaft und Stadtentwicklung

- **Die Verfügbarkeit und Entwicklungsoptionen von Flächen sind klarer einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln**
Berlin hat nach wie vor viele freie Grundstücke und Objekte und ein hohes Flächenentwicklungspotenzial, insbesondere für die Kultur- und Kreativwirtschaft. Dieses Potenzial ist bislang nicht einfach erkennbar, klar vermittelt und unterliegt keinen öffentlich einsehbaren Formaten und Strukturen. Berlin ist aufgrund seiner Unfertigkeit in der Ausnahmesituation, das Thema ‚Stadt gestalten‘ modellhaft anzugehen und DAS urbane Labor für die lebenswerte und alltagstaugliche Stadt von morgen zu sein.
- **Die Flächen sind in ihrer Gesamtheit zu kartieren (,Mapping‘/Atlas). Zudem ist anhand von ausgewählten Flächen zu zeigen, wie diese in eine qualitätsvolle Entwicklung gebracht werden könnten.**
Es gibt in Berlin noch zahlreiche, noch nicht in der breiten Diskussion befindliche Flächen

und Flächenoptionen. Diese könnten gerade durch die Belange und Bedarfe der Kultur- und Kreativwirtschaft in ihrer perspektivischen Nutzungsvarianz eindeutig erhöht werden. Die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern, Akteursgruppen und Institutionen, Stadtgesellschaft und Wirtschaft eröffnet ungeahnte Möglichkeiten einer breit gestreuten konsensualen Entwicklung Berlins - sozialer Frieden.

- **Exemplarisch sind Ortsentwicklungsoptionen plus Finanzierungsmodelle aufzuzeigen (z. B. anhand eines Hand- oder Tool-Book), die sodann in der Diskussion zu neuen Alternativen für z.B. gemischte, multifunktionale Orte führen.** Entwicklungsdruck auf das Thema und die Funktion Wohnen erhöht die Schwierigkeit, integrierte und gemischte Flächenentwicklungen, bei der auch die Kultur- und Kreativwirtschaft einen höheren Stellenwert einnehmen kann, in den Vordergrund zu bringen. Orte für Clubs, Veranstaltungsorte etc. pp müssen langfristig gesichert werden. Zwischennutzungen für Kultur- und Kreativwirtschaft -Events (Musik, Fashion, Club, Design, Cross Discipline Formate) laufen bisher nicht in einem klar definierten und verlässlichen rechtlichen Rahmen ab (> verwaltungsunabhängige ‚Freiraumbörse‘ für temporäre Nutzungen fehlt).

Smart City Berlin als branchenübergreifender Ansatz

- **Berlin kann zu einer „Smart City“ werden, in der Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum sowie die Lösung von Fragen demografischen Wandels und Governance einhergehen.** Das hat folgende Gründe: Berlin bedient mit seinen Clustern bereits heute wirtschaftlich (Produktion, Wissenschaft, Forschung) genau die Themen, die Smart City-Technologien ausmachen. Gebräuchlicher oder bekannter ist aktuell in diesem Zusammenhang vielleicht der Begriff „Urban Technologies“. Smart City findet dabei auf zweierlei Wegen statt. Einmal rein (markt)wirtschaftlich: Die Unternehmen stellen sich auf Smart-City-Produkte ein und sind damit wirtschaftlich erfolgreich. Hier können wir in Berlin Demonstrationsprojekte für kosteneffiziente, branchenübergreifende, technologische und innovative Lösungen auf den Weg bringen. Zum anderen: Wir können diese Produkte auch in Berlin stärker zum Einsatz bringen und damit Berlins Ruf als Smart City stärken, was wiederum den Smart-City-Technologie-Unternehmen hilft. Für uns alle kommt es darauf an, neue Geschäftsmodelle zu erproben und dauerhafte Partnerschaften zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Verwaltung zu schaffen.
- **Berlin als Hauptstadt der Green Economy weiter stärken.** Die Berliner Unternehmen produzieren und arbeiten nachhaltig. Dafür steht eine Vielzahl von Pilotprojekten zur Material- und Ressourceneffizienz, die weltweit Anwendung gefunden haben. Bezogen auf die Zahl der Unternehmen und ihre Mitarbeiter in den Leitmärkten der Umweltwirtschaft rangiert Berlin im deutschen Metropolenvergleich auf Platz 1. Das Wachstum ist hier im Vergleich aller Berliner Wirtschaftsbereiche überdurchschnittlich. Die Weichen dafür hat eine abgestimmte, ressortübergreifende Wirtschaftsförderpolitik für ein Cluster Green Economy geschaffen, das Akteure aus Wissenschaft und Wirtschaft an neuen „Standorten des Wissens“ miteinander vernetzt und hier entstehende Innovationen in Wachstum und Beschäftigung „übersetzt“. Die Vorreiterrolle der öffentlichen Hand sowie eine moderne und wirtschaftsfreundliche Umweltpolitik stärken die Wettbewerbsfähigkeit der Berliner Green Economy.

Infrastrukturentwicklung

- **Straßeninfrastruktur sanieren und erhalten.** Straßen sind langfristige Investitionen und bilden ein Anlagevermögen des Landes Berlin, das bei mangelnder Pflege aufgezehrt wird. Um den Substanzverlust der ca. 5700 km Berliner Straßen aufzuhalten, brauchen die Tiefbauämter einen jährlichen Erhaltungsetat von min. 60 Mio. €. Um zudem den inzwischen ausgelaufenen Sanierungsrückstau von 500 Mio. € abzubauen, müssen zusätzlich mindes-

tens 50 Mio. Euro jährlich in die Grundsanierung investiert werden. Diese müssen bereits zu Beginn des Jahres bereit stehen, damit die Baumaßnahmen rechtzeitig geplant werden können.

- **Umsetzung wichtiger Verkehrsinfrastrukturprojekte forcieren.** Die Berliner Verkehrsnetze müssen um lange überfällige Verknüpfungsabschnitte ergänzt werden. Prioritärer Projekte der Verkehrsinfrastruktur sind u.a. die Stadtautobahn A100 bis zur Storkower Straße, Die Tangentialverbindung Ost (TVO), Dresdner Bahn, B158 Ahrensfelde, BAB-Anschluss Buch/Karow, die Sanierung des Landwehrkanals und der Havelausbau. Dagegen müssen Rückbauplanungen sehr kritisch geprüft werden, um nicht leichtfertig Staustellen zu kreieren.
- **Kapazität des Luftverkehrsstandortes Berlin langfristig gewährleisten.** Der Flughafen BER ist das wichtigste Infrastrukturprojekt der Hauptstadtregion. Angesichts anhaltenden Wachstums beim Passagieraufkommen wird sein Erfolg davon abhängen, dass der Flughafen von Anfang an die notwendige Leistungsfähigkeit bietet. Dafür ist der Flugbetrieb in den Tagesrandzeiten genauso sicherzustellen wie der Parallelbetrieb der beiden Start- und Landebahnen. Für die absehbar notwendigen Kapazitätssteigerungen sind Vorbereitungen zu treffen, Planungen anzugehen und die Finanzierung einzuplanen
- **Bahnknoten Berlin international verknüpfen und optimal in Nahverkehr einbinden.** In zwei Jahrzehnten wurde sehr viel in den Bahnknoten Berlin investiert. Aber wir sind noch nicht am Ziel. Insbesondere die Strecken in Richtung Dresden und Prag sowie nach Stettin und Breslau müssen gebaut bzw. ausgebaut werden, damit Berlin aus allen Richtungen per Bahn wirtschaftlich erreichbar ist. Die Stadtverträglichkeit ist durch intensive lärmvermeidende und lärmabschirmende Maßnahmen zu gewährleisten. Erst mit einer intensiven und direkten Verknüpfung der Fernbahnhöfe mit dem Berliner ÖPNV-Netz können attraktive Tür-zu-Tür-Verbindungen geschaffen werden.

Verkehr und Stadtentwicklung

- **Straßenverkehr intelligent steuern.** Die intelligente Steuerung des Verkehrsflusses verursacht nur einen Bruchteil der Kosten, die für neue Fahrwege benötigt werden und können dabei oft den gleichen Effekt erzielen. Deshalb sollte Berlin nicht am falschen Ende sparen und flächendeckend die Steuerung modernisieren. Vor allem die Situation am Autobahntunnel Britz kann und muss verändert werden. Sonst werden die Fahrbahnen dauerhaft zu Stehbahnen und Berlin als Wirtschaftsstandort unattraktiv. Großes Potenzial steckt in einer verbesserten Baustellenkoordination sowie der Verkürzung von Bauzeiten im öffentlichen Straßenland.
- **Bustourismus in Berlin attraktiv ermöglichen.** Der Reisebus ist das sicherste und umweltfreundlichste Verkehrsmittel und hat einen großen Anteil am anhaltenden Boom des Berlin-Tourismus'. Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen Erreichbarkeit der touristischen Highlights, Durchfahrbarkeit der City und Abstellmöglichkeiten für Busse erhalten und ergänzt werden. Für eine hohe Stadtverträglichkeit kann ein intelligentes Leitsystem sorgen, dass den Bussen den besten Weg zum Ziel und zu einem geeigneten Parkplatz weist. Für Fernlinienbusse, wie für touristische Verkehre muss weitere Infrastruktur durch die Erweiterung des ZOB am Messegelände sowie einen Ergänzungsstandort im Osten der Stadt errichtet werden. Die Nutzbarkeit der Bussonderfahrstreifen für Reisebusse und für Taxis ist beizubehalten. Open-Door-Stadtrundfahrten müssen genauso Haltestellen bedienen wie die Linienverkehre des ÖPNV.
- **Neue Mobilitätstechnologien integrieren.** Elektromobilität hat sich als eine Möglichkeit erwiesen, den Straßenverkehr noch leiser und schadstoffärmer zu machen. Um dieses Potenzial zu nutzen, sind an günstigen Stellen Ladesäulen vorzusehen und die verschiedenen Fördermöglichkeiten zu nutzen. Car-Sharing als sinnvolle Ergänzung zum ÖV-Angebot ist weiter und möglichst stark zu unterstützen und möglichst auf größere Gebiete auszudehnen ebenso wie Bike-Sharing.

- **Attraktiven ÖPNV für Berliner, Pendler und Touristen gewährleisten.** Die Berliner Bevölkerung wird in den nächsten Jahren ebenso weiter wachsen, wie die Zahl der Touristen und Besucher und auch die Zahl der Pendler aus Brandenburg und anderswo. Um für alle stadtverträgliche Mobilität gewährleisten zu können, wird Berlin einen noch leistungsfähigeren ÖPNV benötigen als heute. Bei der S-Bahn muss durch die Einführung von Wettbewerb ein stabiler Betrieb mit hoher Kapazität erreicht werden. Auch bei den anderen Transportmodi sind die Angebotskapazitäten der wachsenden Nachfrage möglichst punktgenau anzupassen. Das gilt insbesondere für neu hinzukommende und verdichtete Wohngebiete und Gewerbegebiete, etwa die Spandauer Wasserstadt Oberhavel, das Tempelhofer Feld, Adlershof und viele andere.
- **Lkw-Verkehr zur Ver- und Entsorgung der Stadt berücksichtigen.** Ohne ein leistungsfähiges und auch für Lkw zügig befahrbares Hauptstraßennetz wird die Stadt auch in Zukunft nicht zweckmäßig ver- und entsorgt werden können. Die Hauptstraßen sind die Lebensadern der Stadt. Dazu muss ein Routennetz für Großraum- und Schwerlasttransporte aufrechterhalten werden, das gerade auch die kürzesten Verbindungen zwischen Gewerbegebieten und Autobahnanschlüssen beinhaltet. Bei der Koordinierung von Baumaßnahmen sollen diese definierten Routen Priorität genießen.
- **Parkraumbewirtschaftung mit Augenmaß gestalten.** Eine weitere Ausdehnung und Weiterentwicklung der Parkraumbewirtschaftung muss mit Augenmaß gestaltet werden. Aufbauend auf den gerade in Bearbeitung befindlichem Masterplan Parken dürfen potentielle Erweiterungsgebiete nicht ins Blaue hinein aufgrund vorhandener Bezirksgrenzen festgelegt werden. Es müssen konkrete Strukturdaten wie Beschäftigtendichte, Verhältnis von Einwohnern zu Arbeitsplätzen und Zielverkehre von Kfz mit einfließen. Auf dieser Grundlage muss dann mit detaillierten Vor-Ort-Untersuchungen ermittelt werden, ob die Ausweitung der Parkraumbewirtschaftung sinnvoll und notwendig ist. Wichtig ist, dass Aspekte wie mehr Abstell- und Haltemöglichkeiten für Reisebusse, der Liefer- und Ladeverkehr und aktuelle Entwicklungen wie Elektrotanksäulen und Stellplätze für Car-Sharing in die Betrachtung mit einbezogen werden. Berlin braucht in Zukunft ein in allen Bezirken logisches Einheitsbild bei der Parkraumbewirtschaftung. Insbesondere bei den Gebührenregelungen und Bewirtschaftungszeiten darf durch zu viele Unterschiede keine Verwirrung und Unsicherheit entstehen. Bei der Erteilung von Ausnahmegenehmigungen (Handwerkerparkausweis, Betriebsvignette) muss auf eine wirtschaftsfreundliche Vorgehensweise geachtet werden, so dass Unternehmen mit ihrem Sitz nicht aus den Bezirken und Kiezen verdrängt werden.

Handel und Stadtentwicklung

- **Vielfalt des Handels sichern; Wettbewerb im Handel durch Transparenz und einheitliche Ansiedlungsrahmenbedingungen ermöglichen.** Der Handel ist im Wandel und benötigt zukünftig auf den Bedarf ausgerichteten Handels- und Lagerflächen. In Berlin muss es gewährleistet sein, dass sich Unternehmen mit verschiedenen Handelskonzepten und Flächenbedarf ansiedeln und/oder weiterentwickeln können. Grundlage sind nachvollziehbare und transparente Rahmenvorgaben, wie der STEP Zentren, eine einheitliche Erfassungssystematik für Verkaufsflächen und Zentrenkonzepte. Diese sind vor dem Hintergrund sich wandelnder Handelsanforderungen regelmäßig anzupassen.
- **Handel ist ein wichtiger Standortfaktor und muss eine hohe Wahrnehmbarkeit haben.** Für den Handel sind einheitliche Stadtmarketing- und Veranstaltungsstrategien zu entwickeln, damit Berlin weiter als Shopping Metropole gestärkt wird und der Einzelhandel noch stärker in den Fokus der Touristen gebracht wird,
- **Handel kann nur gut wirtschaften, wenn er optimal in das System Stadt eingebettet ist.** Dazu gehört, dass die Erreichbarkeit der Quartiere durch alle Verkehrsarten sichergestellt ist und die Aufenthaltsqualität kontinuierlich verbessert wird (z.B. auch durch Begrünung von Gebäudeaußenflächen). Zudem muss die Infrastruktur der Gewerbegebiete ver-

bessert werden; Baumaßnahmen müssen verkürzt, koordiniert und besser mit dem Handel kommuniziert werden.

Tourismus und Stadtentwicklung

- **Lösungen für das gute Miteinander von Bürgern und Berlinbesuchern müssen geschaffen werden, insbesondere in Fragen von Sauberkeit, Sicherheit und Lärm.** Prognosen gehen davon aus, dass Berlin bereits im Jahr 2020 über 35 Mio. Übernachtungen haben könnte. Es wird daher eine große Rolle spielen, dass bereits in den nächsten Jahren die Weichen gestellt werden, damit Berlin der Herausforderung steigender Tourismuszahlen gewachsen ist. Dies betrifft insbesondere das gute Miteinander mit den Berliner Bürgern. Der Senat sollte sich jedoch nicht allein auf die räumliche Diversifizierung der Tourismuskategorie begrenzen, da diese nur bis zu einem gewissen Maß möglich sein wird (das Brandenburger Tor wird z.B. immer zum Berlin-Besuch gehören), sondern auch Aktivitäten im Bereich von Sauberkeit, Lärm und Sicherheit unterstützen und die Bezirke stärker in die politische Pflicht nehmen (z.B. im Rahmen der Aktivitäten von Service in the City, Tourismusakzeptanz-Projekt bei visitBerlin). Man kann nicht einerseits von einem hohen und steigenden Wirtschaftsfaktor Tourismus profitieren und andererseits die Nebeneffekte einer solchen Entwicklung komplett der Tourismuswirtschaft anlasten.
- **Anforderungen der Tourismusbranche müssen mit der Leistungsfähigkeit der Infrastruktur in Einklang gebracht werden.** Die touristische Qualität der Stadt ist ein sehr wichtiger Wirtschaftsfaktor, der auch eine entscheidende Bedeutung bei der Standortansiedlung anderer Branchen spielt. Eine verbesserte Lenkung von Besucherströmen (z.B. durch stadtweites Reisebus-Konzept, Bewerbung von touristischen Highlights außerhalb der Innenstadt) ist erforderlich, um die innerstädtische Infrastruktur nicht durch das hohe Touristenaufkommen noch mehr an ihre Leistungsgrenze zu bringen.
- **Tourismuswirtschaft ist in hohem Maße standorttreu und braucht verlässliche Rahmenbedingungen für Investitionen.** Die Tourismuswirtschaft wird hier sehr stark zusammen mit der Kultur und der Kreativwirtschaft kombiniert, was aus Marketing-Sicht sicherlich richtig ist. Es gibt jedoch klare wirtschaftliche Unterschiede in diesen verschiedenen Bereichen. Die Tourismuswirtschaft ist bis auf wenige Ausnahmen in der Hand der Privatwirtschaft und generiert damit ein sehr hohes Steueraufkommen und viele Arbeitsplätze für die Stadt. Zudem müssen touristische Dienstleister oft hohe Investitionen (z. B. durch Anschaffung von Fahrzeugen jeglicher Art, Bauinvestitionen, etc.) leisten und sind daher sehr auf verlässliche Rahmenbedingungen des Standortes angewiesen. Gleichzeitig sind sie aber dadurch unter anderem auch in hohem Maße standorttreu. Der Tourismus in Berlin ist deshalb so erfolgreich, weil neben dem sehr guten kulturellen Angebot eine sehr innovative und konkurrenzfähige Privatwirtschaft für ein vielfältiges Angebot zu besten Preisen sorgt.

Transparenz und Partizipation

- **Für die Entwicklung der einzelnen Flächen müssen gute und fundierte Strategien und Nutzungen festgelegt werden, die mit „echter“ Beteiligung der Bürger und der Fachwelt in speziell zugeschnittenen Verfahren gefunden werden.** Die IHK Berlin fordert die Einrichtung einer neuen Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung und Partizipation, die als zentrale Instanz alle landesweiten und bezirklichen Partizipationsprozesse anleiten und begleiten soll und vor Beginn von Planungen über den Einsatz der geeigneten Beteiligungsverfahren entscheiden soll. Eine solche institutionalisierte Verfahrensinfrastruktur schafft die Voraussetzungen für einen auf die Planungsaufgabe zugeschnittenen, professionellen, kontinuierlichen und bürgernahen Beteiligungsdialog. Damit wird eine erste Anlaufstelle für alle Akteure im Rahmen von Partizipationsprozessen geschaffen.

- **Berlin braucht transparente Verwaltungsentscheidungen und eine breite Partizipation.** Stadtplanung stellt Weichen für Investitionen. Um an einem Standort bauen zu können, werden eindeutige und zeitgemäße Rahmensetzungen benötigt, die Investitionssicherheit schaffen, ohne Wettbewerb zu verhindern. Die IHK Berlin fordert, dass während der gesamten Dauer von Planungsprozessen maximale Transparenz durch umfangreiche Informationsangebote, die allen Interessierten Zugang zum aktuellen Stand der Planung sowie den bisherigen und noch ausstehenden Partizipationsmöglichkeiten bieten. Transparenz bedeutet hier auch Verfahrensoffenheit. Es nützt nichts, wenn Bürgerinnen und Bürger nur zu „fertigen“ Projekten angehört werden, sondern Beteiligung muss in Vorphasen von Planungsprozessen stattfinden. Transparenz meint daher auch, dass der Mitwirkungs- und Beteiligungsspielraum für jedes Projekt und Verfahren klar definiert werden muss. Durch den Einsatz, neuer und moderner Kommunikationskanäle im Internet kann die Verwaltung dies effizient leisten. Initiativen von Gewerbetreibenden sollen mit geeigneten Instrumenten unterstützt werden (z.B. Wirtschaftsdienliche Maßnahmen). Eine transparente Stadtentwicklung und Planung ist als zentraler Grundsatz im STEK zu verankern. Modelle und Instrumente für gemeinsame öffentliche und private Investitionen sollen in das STEK aufgenommen werden (z.B. Gemeinsame Finanzierung von Bauvorhaben, Fondsmodelle, BID).

Stadtklima, Umwelt und Stadtentwicklung

- **Damit die Energiewende in Berlin zum Erfolg wird, muss die Vision eines klimaneutralen Berlins bis 2050 mit einem Katalog lang-, mittel- und kurzfristiger Ziele unterlegt werden, die hinreichend operationalisiert und technologieoffen definiert werden.** Berlin hat sich zum Ziel gesetzt, „klimaneutrale Stadt“ zu werden. Die Energiewende als integriertes Gesamtkonzept verlangt einen umfassenden Umbau des Energiesystems: Umstieg auf Erneuerbare Energien als tragende Säule der Versorgungsstruktur, Steigerung der Energieeffizienz in allen verbrauchsrelevanten Bereichen, Umbau der Netzinfrastruktur und des energiewirtschaftlichen Marktdesigns, neue Mobilitätskonzepte usw. Dieser Umbau erfordert enorme Ressourcen. Dabei ist die Energiewirtschaft mit ihren langen Investitionszyklen und dem enormen Finanzbedarf durch die anstehenden Umbauten auf verlässliche Rahmenbedingungen angewiesen. An die Notwendigkeit einer klaren Zieldefinition schließt sich darüber hinaus unmittelbar die Frage an, wie der über das politische Alltagsgeschäft weit hinaus gehende Horizont von rund 40 Jahren überhaupt sinnvoll projektiert werden kann. Die Vision des klimaneutralen Berlins muss folglich mit einem Kanon aufeinander abgestimmter und umsetzungsfähiger Meilensteine unterlegt werden, um Planungs- und Rechtssicherheit für Investitionen in den Umbau des Energiesystems zu schaffen. Das Projekt „Berliner Energiewende“ braucht einen stringenten Projektplan.
- **Berlin muss die Herausforderung annehmen, die sich aus seiner Rolle als Hauptstadt des Energiewende-Vorreiters Deutschland ergibt.** Derzeit ist die Energiewende geprägt durch den massiven Ausbau Erneuerbarer Energien in ländlichen Regionen. Weltweit schreitet jedoch die Urbanisierung voran, und auch Berlin kann mit jährlichen Einwohnerzuwächsen in der Größenordnung deutscher Kleinstädte rechnen. Deshalb ist es gerade für die Außenwirkung bedeutsam, wie die Metropole Berlin sich dieser Aufgabe stellt und erfolgreich meistert. Der erfolgreich eingeschlagene Weg, Leitmetropole für Elektromobilität in Europa zu werden, ist konsequent, muss aber auch in anderen Bereichen entschieden verfolgt werden. Berlin soll auch zukünftig als Modellstadt für eine nachhaltige Stadtentwicklung Pate stehen und dabei den wirtschaftlichen Output steigern. Ziel muss es sein, in Berlin die gesamte Wertschöpfungskette von der Forschung und Entwicklung über die Produktion bis hin zur Anwendung und Ausbildung der „Smart City“-Technologien abzubilden.
- **Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende müssen stets die besondere sozio-ökonomische Struktur Berlins berücksichtigen, verlässlich gestaltet werden und dürfen keinesfalls zu wirtschaftlichen Standortnachteilen führen.** Die Energiewende for-

dert Gesellschaft, Wirtschaft und Politik gleichermaßen. Klimapolitik, Versorgungssicherheit, Umweltschutz und Bezahlbarkeit sind dauerhaft zu gewährleisten. Besonders in Bezug auf die Wirtschaftlichkeit klafft jedoch zu häufig eine viel zu große Lücke zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Unter anderem im Gebäudebereich ist diese Diskrepanz augenfällig. Mehr als 85 Prozent der Einwohner Berlins leben in gemietetem Wohnraum. Das Durchschnittseinkommen ist geringer als in anderen Großstädten. Im Vergleich zu München und Hamburg hat Berlin die höchste Quote der Sozialwohnungsberechtigten. Dennoch kommt es in den Szenebezirken zurzeit teilweise zu Mietsteigerungen von 20 bis 40 Prozent. Die Auswirkungen einer massiven Modernisierungsoffensive im Sinne energetischer Sanierungen sind hier noch nicht berücksichtigt. Legt man die Annahme zugrunde, dass eine vollständige energetische Sanierung von Mehrfamilienhäusern eine durchschnittliche Warmmietpreissteigerung von rund 1,60 Euro/m² nach sich zieht, wird die Problematik deutlich.

- **Berlin muss sich innerhalb seiner sowohl politisch, finanziell als auch infrastrukturell eingegrenzten Einflussmöglichkeiten auf diejenigen Handlungsfelder konzentrieren, die vor dem Berliner Hintergrund den größten energie- und klimapolitischen Output versprechen.** Berlin ist ein bereits hoch entwickelter urbaner Raum, der sich weder hinsichtlich seiner finanziellen Ressourcen noch in Bezug auf die Möglichkeit auszeichnet, Stadtplanung und Klimaschutz am Reißbrett entwickeln zu können. Gleichzeitig sind die großen energie- und klimapolitischen Linien durch EU und Bund vorgezeichnet. Antwort auf diese Ausgangslage muss eine Konzentration auf die Handlungsfelder sein, die für eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Berlin die größte Hebelwirkung versprechen. Diese sind zu identifizieren und einer klaren, nachvollziehbaren Priorisierung im Kontext der angemahnten Projektorganisation zu unterziehen.
- **Berliner Politik und Verwaltung sind aufgerufen, das Projekt Energiewende als Gemeinschaftswerk anzugehen, Ziele und Maßnahmen abzustimmen und sachorientiert zu koordinieren.** Die Energiewende hat den Anspruch, die Zukunft des Wirtschaftsstandortes Deutschland neu zu definieren. Reibungsverluste aufgrund mangelhafter oder gar fehlender Koordination kann sich Berlin dabei nicht leisten. Bezirkliche Sonderwege im Sinne des Milieuschutzes verbieten Fassadensanierungen, die über EnEV-Standard hinausgehen – alleine in Pankow sollen von diesen Regelungen bis zu 70.000 Wohnungen erfasst werden. Geothermische Potenziale zur regenerativen Wärmeversorgung und Klimatisierung von Gebäuden – insbesondere im dicht besiedelten Zentrum mit einem Anteil von 90 % der zu beheizenden Wohnungen – bleiben durch eine restriktive wasserrechtliche Genehmigungspolitik ungenutzt. Ein Nebeneinander sich widersprechender Ziele und Maßnahmen steht einer effizienten Umsetzung der Energiewende entgegen. Potenziell konfligierende Ziele müssen frühzeitig gegeneinander aufgewogen und in den Kontext des gemeinschaftlichen Ziels Energiewende gestellt werden, um eine unnötige Verteuerung des Projektes zu vermeiden. Dabei ist auch zu klären, welche institutionellen Voraussetzungen für eine solche Zielabwägung zu schaffen sind.
- **Die öffentliche Hand muss ihrer Vorbildfunktion gerecht werden.** Klimaschutz braucht Vorbilder! Die Energiewende ist nicht allein ein energiepolitisches, sondern auch ein klimapolitisches Projekt. Mit vielen klimapolitisch motivierten Umbaumaßnahmen des Energiesystems betreten wir Neuland. Für diesen Schritt braucht es neben kreativen Freiräumen auch Vorbilder. Die öffentliche Hand steht in der Verantwortung, dieser Vorbildfunktion gerecht zu werden. Das gilt für konkrete Sachaufgaben – z.B. die Sanierung des öffentlichen Gebäudebestands – ebenso wie für eine sinnvolle Integration energie- und klimapolitischer Belange in alle Politikbereiche. Der Sanierungstau in öffentlichen Gebäuden wird augenblicklich auf bis zu 6 Milliarden Euro geschätzt – diese Zahl dokumentiert einerseits die große Herausforderung, aber auch das Potenzial für regionale Wertschöpfung. Hier und in allen anderen öffentlichen Liegenschaften muss Berlin zeigen, dass beim Klimaschutz nicht nur „die Anderen“ in der Pflicht sind. Die öffentliche Hand kann glaubhaft demonstrieren, dass sie Klimaschutz nicht nur fordert. Sie zeigt auch, wie sich entsprechende Maßnahmen

mit den energiepolitischen Zielen Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit in Einklang bringen lassen. Gleiches gilt bei der Einführung von nachhaltigen Mobilitätsformen (z.B. Elektromobilität) im öffentlichen Verkehr.

- **Eine regionale und überregionale Einbettung Berlins ist unabdingbar, denn eine isolierte Landesenergiepolitik ist – gerade vor dem Hintergrund des Berliner Kontextes – die falsche Antwort auf die aktuellen Herausforderungen und hat keine Zukunft.** Die strukturellen Voraussetzungen der Hauptstadtregion bieten den idealen Nährboden, um die oft einzeln betrachteten, klimarelevanten Sektoren – Strom, Wärme, Verkehr – im Sinne einer „Smart City“ miteinander zu verknüpfen. Aus dem Zusammenspiel von schwerpunktmäßiger Erzeugung erneuerbaren Stroms im angrenzenden Flächenland, intelligenten Verbrauchs und effizienter Infrastruktur in der Metropole und unter Berücksichtigung sinnvoller Schnittstellen für die Verkehrsinfrastruktur ergeben sich die wirkungsvollsten Ansätze für eine nachhaltige und kostengünstige Umsetzung der Energiewende in der Hauptstadtregion.

Internationalität, Arbeitsmarkt und Stadtentwicklung

- **Wirtschaft und Politik müssen gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um die Stadt für Fachkräfte attraktiv zu gestalten.** Es wäre toll, wenn im Jahr 2030 in Berlin jeder Arbeit findet. Um das zu erreichen, muss die Arbeitsmarktpolitik konsequent auf den ersten Arbeitsmarkt ausgerichtet sein. Der hohe Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Arbeitslosen (34,3% im Jahr 2012) muss weiter reduziert werden. Aufgrund der zahlreichen Pendler sollte der Arbeitsmarkt der beiden Bundesländer Berlin und Brandenburg auf jeden Fall gemeinsam betrachtet werden. Die demografische Entwicklung wird die Berliner Unternehmen in Sachen Fachkräftesicherung vor ganz neue Herausforderungen stellen. Wirtschaft und Politik müssen gemeinsam Maßnahmen ergreifen, um die Stadt für Fachkräfte attraktiv zu gestalten, dazu gehört beispielsweise die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie die Etablierung einer Willkommenskultur (siehe unten: Weltoffenheit).
- **Für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Stadt ist es wichtig, dass eine Willkommenskultur etabliert wird.** Zuwanderer sollen sich in Berlin wohlfühlen, nur dann wird die Stadt auch 2030 noch ein Zuwanderungsort sein. Zu einer Willkommenskultur gehört beispielsweise eine entsprechende Sprachkompetenz in der Berliner Verwaltung (auch in der IHK). Erstrebenswert ist außerdem die Schaffung einer Fachkräfteagentur, die regional, überregional und international bei Fachkräften für den Standort wirbt und erster Ansprechpartner und Dienstleister für die Berliner Wirtschaft ist.
- **Start-Ups sollten von der Politik explizit als Träger der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung betrachtet werden.** Daher sollte es ein primäres Ziel sein, gute Rahmenbedingungen für sie zu schaffen. Beispielsweise sollten die unterschiedlichen Schwerpunkte der Start-Ups bei der Planung von zukünftigen Ansiedlungsflächen (Zukunftsorte) berücksichtigt werden. Für Start-Ups mit ähnlichem Schwerpunkt (z.B. IKT) sollte Gelegenheit zu räumlicher Nähe geschaffen werden, um den Austausch (und damit verbunden die wirtschaftliche Entwicklung) zu fördern.
- **Eine effiziente und leistungsfähige Verwaltung ist als Standortfaktor für Unternehmen von großer Bedeutung.** Daher liegt es im Interesse der Wirtschaft, die Bedingungen in diesem Bereich optimal zu gestalten. Jenseits von Einsparungsmaßnahmen und reinem Stellenabbau ist eine strategisch angelegte Personalsteuerung ein wesentlicher Erfolgsfaktor für die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Die strategische Gesamtsteuerung sollte es ermöglichen, durch die Flexibilisierung des Dienstrechts und die Einführung leistungsorientierter Vergütungssysteme Motivation, Flexibilität und Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen. Eine gut aufgestellte, leistungsfähige Verwaltung kann mit verlässlicher Beratung und zielgerichteten Lösungen zum Erfolg der Berliner Unternehmen beitragen

Bildung und Stadtentwicklung

- **Berlin muss bis 2013 Bildungshauptstadt werden:** Die Bildungspolitik muss die gesamte Metropolregion Berlin-Brandenburg in den Fokus nehmen, dazu gehört z.B. die Rauminfrastruktur der Oberstufenzentren in Berlin und Brandenburg. Wir fordern eine gezielte Förderung statt einem „Gießkannenprinzip“: Berlin muss die Schulleistungsergebnisse (Schulin-spektionen, Vera3, Vera 8, schulstatistische Daten zu Schulausfall etc.) veröffentlichen, um zielgerichtet auf Förderbedarf reagieren zu können und Übergänge von Schule in Ausbildung erfolgreich zu gestalten.

Berlin und die Region

- **Wirtschaftsentwicklung macht vor Ländergrenzen nicht halt. Zusammenarbeit der Verwaltung in der Metropolregion Berlin-Brandenburg muss verstärkt werden.** Berlin und die Hauptstadtregion müssen sich im internationalen Wettbewerb behaupten. Wir wollen die Region Berlin-Brandenburg zu einer starken und wettbewerbsfähigen europäischen Metropolregion entwickeln. Dazu sind eine enge länderübergreifende Zusammenarbeit und gemeinsame Einrichtungen notwendig. Im Stadtentwicklungskonzept sind die wichtigsten Ziele der länderübergreifenden Zusammenarbeit zu benennen, mit Prioritäten zu versehen und mit Maßnahmen zu untersetzen. Ein Stadt-Umland-Abgleich zum Flächenwachstum bei Gewerbe, Einzelhandel und Fachmärkten muss, besonders entlang der Landesgrenze, erfolgen und ein abgestimmtes Konzept im STEK festgeschrieben werden. Das Kommunale Nachbarschaftsforum ist ein gutes Beispiel für die länderübergreifende Abstimmung.

Unternehmerstimmen zum Stadtentwicklungskonzept 2030

„Berlin ist zunehmend im Zusammenhang mit Brandenburg als "intelligenter Verbraucher" einer immer stärker strombasierten Energiewirtschaft zu sehen, wenn der Umbau auf erneuerbare Energien gelingen soll. Berlin steht bei der Wärmebereitstellung hinsichtlich Umweltwärmenutzung (mit wenigen Prozent) erst am Beginn der Nutzung seines großen Potenzials und könnte effektiv zur Lastregulation im Stromnetz beitragen. Hier eröffnen elektrische Wärmepumpen, auch im Zusammenhang mit dezentraler KWK, sehr effektive Lösungsmöglichkeiten im Bereich Heizung und Kühlung. Während luftbasierte Wärmepumpen das Stadtklima eher negativ beeinflussen und mäßige Wirkungsgrade haben, kann das Grundwasser gesättigte Erdreich als großer saisonaler Wärmespeicher genutzt werden. Insbesondere in Berlin bieten sich technologische Möglichkeiten an gleichzeitig auch noch das teilweise mit Schadstoffen belastete Grundwasser zu reinigen. Leider ist die aktuelle Genehmigungspraxis gegenüber ambitionierten Bürgern so restriktiv, dass die meisten solcher Vorhaben bereits im Ansatz scheitern. Die Genehmigungsbehörden haben keinerlei Anreiz nach Lösungen zu suchen und es gibt keine ganzheitlichen Abwägungsprozesse. **In der grundwasserbasierten Geothermie besteht ein nahezu kostenneutrales, großes Potenzial innovative städtische Energie- und Umweltpolitik zu realisieren und gleichzeitig lokale Wertschöpfung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu betreiben.**“

(Michael Viernickel)

„Auf Seite 51 des SEK 2030 wird völlig zu Recht die Bedeutung der forschungsintensiven Industrie als Garanten für eine dynamische Entwicklung hervorgehoben. **Damit die prognostizierten Entwicklungsimpulse für Zukunftsstandorte wie Adlershof und Buch in Zukunft noch gesteigert werden bedarf es eines abgestimmten Entwicklungskonzepts bzw. Masterplans und konkreter sich daraus ableitender Maßnahmen und Meilensteine für alle Zukunftsorte.** Wenn sich Wirtschaft weiterhin ansiedeln und dynamisch wachsen soll muss die Verfügbarkeit planungsreifer Flächen sowie einer wirtschaftsfreundlichen Infrastruktur eine Selbstverständlichkeit sein. Insbesondere bei der verkehrstechnischen Erreichbarkeit dieser Technologiestandorte - einem

der wichtigsten Entscheidungskriterien bei Unternehmensansiedlungen - gibt es große Qualitäts- und Entwicklungsunterschiede zwischen den Standorten. **In Anbetracht eines enormen Sanierungsstaus bei der Infrastruktur in Berlin von ca. 13 Milliarden müssen die Mittel primär dort eingesetzt werden, wo sie Wachstums-, Einkommens- und Steuereffekte generieren, d.h. Berlin für Investoren, Kapital und Mittel des Bundes attraktiv halten.** Nur so werden die über die letzten Jahrzehnte in den Strukturwandel investierten Steuergelder weiteres Wachstum potenzieren.“

(Dr. Andreas Mätzold und Dr. Ulrich Scheller, BBB Management GmbH Campus Berlin-Buch)

„Ich finde, dass bildende Kunst in Verbindung zu Internet-Gründungen, Software etc. überregional und für Europa und die Welt als Schaufenster nicht des kalten Krieges, das ist glücklicherweise vorbei, sondern als Aushängeschild und Schaufenster für lebendige und schlagkräftige Verbindungen von Kultur, Wissenschaft und Kommerz sich verstärkt etablieren sollte. In diesem Zusammenhang **sind auch intelligente Strategien gefragt um das Tourismusgeschäft so zu lancieren, dass endlich London oder Paris nach uns kommen.** Ich bin dabei.“ (Karl-Ludwig Sauer)

„Inwieweit (werden) hier auch **EU-Strategien angekoppelt**, vielleicht auch thematisiert?“ (Michael Seidler)